

OTS

EU-Wahl: Spitzenkandidat*innen antworten den Volkshochschulen

Kandidatinnen und Kandidaten von SPÖ, NEOS, ÖVP und Grünen betonen den Wert der Erwachsenenbildung für die Gesellschaft

„Anlässlich der EU-Wahl werben die österreichischen Volkshochschulen nicht nur für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung. Sie haben auch alle Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der bereits fix antretenden Parteien und Listen bis Mitte April um ein Statement zur Erwachsenenbildung ersucht. Auf der Website des Verbands Österreichischer Volkshochschulen (VÖV) bringen wir diese Stellungnahmen nun den 700.000 Teilnehmenden der Volkshochschulen näher“, erklärt VÖV-Generalsekretär John Evers.

Das sagen die Spitzenkandidat*innen den Volkshochschulen

Andreas Schieder (SPÖ) bezeichnet in seinem Statement die Erwachsenenbildung als eine tragende Säule unseres Bildungssystems: „Insbesondere als Sozialdemokrat ist mir Chancengleichheit in der Bildung ein zentrales Anliegen. Nicht jede*r hat die Möglichkeit, den klassischen Bildungsweg zu beschreiten, daher muss es möglich sein, sich auch im späteren Leben stetig weiterzubilden. Gleichzeitig entwickelt sich unsere Welt immer schneller und insbesondere der technische Fortschritt ist unaufhaltsam. Lebenslanges Lernen ist daher unabdingbar und sogar essentiell für unsere Wirtschaft. Daher muss es auch dementsprechend gefördert werden.“

Helmut Brandstätter (NEOS) antwortet den Volkshochschulen in seinem Schreiben: „Uns NEOS ist gute Bildung – und dazu zählt selbstverständlich auch die Erwachsenenbildung – ein zentrales Anliegen. Wir sehen die Realität, dass die Erstausbildung nur in seltenen Fällen für das gesamte Erwerbsleben ausreicht. Wir sind der Meinung, dass lebenslanges Lernen leistbar, einfach zugänglich und transparent sein muss! Um mehr Transparenz sicherzustellen, schlagen wir ein Bildungskonto vor.“

Reinhold Lopatka (ÖVP) benennt in seinem Statement Herausforderungen, wie zum Beispiel demografische Entwicklungen oder die fortschreitende Digitalisierung: „Investitionen in lebenslanges Lernen sind ein wichtiger Schritt, genauso wie Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung. Damit verbessern wir die Vermittelbarkeit der Bürgerinnen und Bürger auf dem Arbeitsmarkt. Die Union kann dazu beitragen, dass Menschen jeden Alters einen Zugang zu Erwachsenenbildung und Bildungsprogrammen haben, speziell auch in ruralen Gebieten (...)“.

Lena Schilling (Grüne) betont u.a. Aspekte der Qualität in der Erwachsenenbildung: „Die Förderungen für Volkshochschulen, aber auch andere Einrichtungen der Volks- und Erwachsenenbildung, die sich im Wesentlichen der allgemeinen Bildung widmen, sollen selbstverständlich verbessert und vor allem erhöht werden, und ja, wir können uns der Forderung nach 1% des Bildungsbudgets anschließen. Dabei müssen wir sicherstellen, dass die Angebote einer Qualitätskontrolle unterliegen. Vor allem esoterische oder auch pseudomedizinische Angebote haben in der Erwachsenenbildung nichts verloren.“

Hoher Rücklauf ist ein positives Zeichen für die Anliegen der Volkshochschulen

„Der hohe Rücklauf auf unsere Anfrage zeigt die Wertschätzung für die Arbeit der Volkshochschulen und auch ihre breite politische Akzeptanz. Wichtig wäre es, wenn sich dies in einer noch besseren Nutzung und Finanzierung des Volkshochschulnetzes widerspiegeln würde.“

Neben individuellen Förderungen braucht es hier gezielte Investitionen in die Volkshochschulen, um dieses Netz für so wichtige bildungspolitische Anliegen wie Demokratiebildung oder die Digitalisierung optimal einsetzen zu können. Ebenso erreichen die Volkshochschulen durch ihr breites Angebot nachweislich alle Teile der Gesellschaft, insbesondere auch formal niedrig qualifizierte Personen. Gleichzeitig ist die Tatsache, dass uns die FPÖ als einzige Partei keine Rückmeldung gegeben hat, auch ein Hinweis darauf, dass der FPÖ die Volkshochschulen als größte Erwachsenenbildungsorganisation der Republik mit einer großen demokratischen Tradition kein wichtiges Anliegen sind“, kommentiert VÖV-Vorstandsvorsitzender Gerwin Müller das Ergebnis der Befragung.

Demokratischeschwerpunkt der Volkshochschulen

Das Jahr 2024 steht für die Volkshochschulen im Zeichen der Demokratie. Als Orte des Dialogs bieten die 256 Volkshochschulen bzw. 1.000 VHS-Standorte ihren 700.000 Teilnehmenden Raum für Diskussion insbesondere in Formaten und Initiativen, die sich um Frieden, Demokratie und Menschenrechte bemühen. Alle Angebote an Volkshochschulen sind wissenschaftsbasiert. Darüber hinaus fordern die Volkshochschulen die Gleichbehandlung von allgemeiner und beruflicher Bildung, die gleichberechtigte Teilnahme der Erwachsenenbildung an zentralen Bildungsinitiativen des Bundes sowie die Erhöhung der Bundesförderung für die Erwachsenenbildung auf ein Prozent des Bildungsbudgets.

Rückfragen & Kontakt:

Verband Österreichischer Volkshochschulen

+43 699 189 175 29

john.evers@vhs.or.at

<http://www.vhs.or.at>